



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Nein zum Heizhammer von Ampel und EU! Für die freie Wahl günstiger Heiztechnik!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag befürwortet die freie Entscheidung der bayerischen Bürger und Unternehmen über die einzusetzende Heiztechnik nach den Grundsätzen des Marktwettbewerbs und der Technologieoffenheit.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

- gegen jegliche Pläne zum direkten oder indirekten Verbot, der Installation und Nutzung von Heizungen mit fossilen Energieträgern einzusetzen.
- gegen jegliche Pläne einer verpflichtenden staatlichen Erfassung der Heizart und des Energiekonsums von privaten Haushalten einzusetzen. Der Art. 6 des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (BayKlimaG) soll gestrichen werden.
- für die Streichung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) einzusetzen, an dessen Stelle eine bürger-, eigentums- und freiheitsfreundliche sowie technologieoffene Regelung der Heizungstechnik und Wärmedämmstandards von Gebäuden treten soll.
- für eine drastische Senkung der Stromsteuer, Energiesteuern auf fossile Brennstoffe sowie der Abschaffung der CO₂-Abgabe und dem Austritt aus dem EU-CO₂-Zertifikate-Handel einzusetzen.

Begründung:

Die Ampelkoalition aus FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD hält trotz immensen Widerstands von Bürgern und Unternehmen an ihrem wohlstandsfeindlichen Vorhaben fest, ein De-facto-Verbot für Öl-, Gas- und möglicherweise sogar Holzheizungen einzuführen.¹

Nun plant die EU-Kommission laut Medienberichten eine neue „Ökodesign-Richtlinie“, die ab 2029 de facto nur noch Wärmepumpen als Heizmethode in Privathaushalten zulassen soll.²

Auch das von der CSU/CDU-Regierung bereits in 2020 verabschiedete Gebäudeenergiegesetz (GEG) beinhaltet planwirtschaftliche Vorgaben zu genehmigter Heizungstechnik und Wärmedämmstandards, die mit dem Klimanarrativ begründet werden. So werden Bürger, die Gas- oder Ölheizungsanlagen betreiben, welche vor 1994 eingebaut wurden, gezwungen, diese noch im Jahr 2023 zu verschrotten.³

¹ Bild (2023). Das Ringen um den Heizhammer. Darum geht's für die Ampel jetzt um alles.).

² Bild (2023). EU plant härteren Heiz-Hammer als Habeck.

³ Haufe (2023). Austauschpflicht für alte Ölheizungen: Wer handeln muss.

Darüber hinaus unterstützt die FDP auch ein neues totalitäres Heizungsgesetz, das eine staatliche statistische Erfassung von Heizungsart und Energieverbrauch bei Privathaushalten erzwingen wird, welches die Ampelkoalition im Sommer 2023 verabschieden will.⁴ Eine ähnliche „Heizpranger“-Vorschrift wurde in Bayern bereits Anfang 2023 von der CSU- und FREIE WÄHLER-Regierung mit ihrem novellierten Bayerischen Klimaschutzgesetz eingeführt.⁵

Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie wird der „Heizhammer“ die deutsche Wirtschaft 2,5 Bio. Euro kosten. Das sind fast zwei Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Zwangsinstallation einer Wärmepumpe wird den durchschnittlichen bayerischen Haushalt 80.000 bis 100.000 Euro kosten.⁶

Dass das Ziel hinter dieser sogenannten Wärmewende nichts mit Ressourcenschonung zu tun hat, sondern die De-facto-Enteignung des deutschen Mittelstandes ist, zeigt sich daran, dass Wärmepumpen mehr CO₂ ausstoßen als Gasheizungen⁷ und dass viele globale Finanz- und Immobilienfonds die Klimagesetzgebung in Deutschland finanziell lobbyieren und davon immens profitieren.⁸

Schließlich sind neben der Energiewende auch die staatlichen Steuern schuld an den explodierten Heizkosten. Allein die Verknappung der EU-Zertifikate und die Stromsteuer haben den Strompreis um fast 10 Cent pro kWh teurer gemacht, als er sein könnte. Die nationale CO₂-Abgabe wiederum kostet jeden Haushalt, der mit Öl oder Gas heizt, zwischen 102 und 186 Euro im Jahr.⁹

⁴ Bild (2023). FDP knickt beim zweiten Heiz-Hammer ein.

⁵ Storch L. (2023). Angebliche Heizungsspionage: Auch Bayern erhebt Daten. BR24.

⁶ Bild (2023). Neue Schock-Rechnung zum Heiz-Hammer.

⁷ Blümm F. (2023). CO₂ pro kWh: Wie klimafreundlich sind Wärmepumpen? Tech for Future.

⁸ von Storch B. (2023). Die globale Finanzindustrie als Treiber der Klimapolitik. Junge Freiheit.

⁹ Heizungsfinder (2023). CO₂-Steuer 2023 - 2025 für Gas und Heizöl.